EP-FR-01-855-2

C – Was Frieden schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	BAG Globale Entwicklung
Beschlussdatum:	15.10.2023

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 855 bis 859:

~~Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch unsere Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei der Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.~~

Eine engere Zusammenarbeit mit Lateinamerika hat für uns hohe Relevanz. Dort wurden in der jüngsten Vergangenheit in vielen Ländern demokratische und fortschrittliche Regierungen gewählt, die sich für sozialökologische Veränderungen einsetzen wollen und dabei viele Gefahren ausgesetzt sind, die von den etablierten Machtstrukturen ausgehen. Ebenso haben sich in einigen lateinamerikanischen Ländern autoritäre Regierungen etabliert, die die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft stark einschränken. In all diesen Ländern sind Menschenrechts-, Umweltverteidiger*innen und Journalisten sehr große Gefahren ausgesetzt. Die EU wird einerseits die demokratisch gewählten Regierungen und Präsidenten diplomatisch und wirtschaftlich mit aller ihr zur Verfügung stehenden Macht unterstützen und andererseits dazu beitragen, dass die Zivilgesellschaft in autoritär regierten Staaten sich als entscheidender als Akteur zur Stärkung von Frauen-, LGTBQ+, Menschen- und Umweltrechte sowie für Pressefreiheit etabliert. Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die Region ist hinsichtlich des globalen Klimaschutzes von zentraler Bedeutung. Deswegen wollen wir eine Intensivierung von Klima-, Rohstoff und Entwicklungspartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation für nachhaltige Landwirtschaft. Dadurch wird ein aktiver Beitrag zum Tropenwaldschutz und gleichzeitig zur Stärkung lokaler Strukturen, insbesondere für kleinbäuerliche Betriebe sowie für einen effektiven Naturschutz geleistet. Der Schutz der Rechte der indigenen Völker und marginalisierter Bevölkerungsgruppen muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.
Neben dem Schutz des Regenwaldes hat für die EU auch der Schutz anderer natürlicher Ressourcen (insbesondere Wasser) eine hohe Priorität. Der fortschreitende Klimawandel und die konventionelle Landwirtschaft tragen zu steigender Wasserknappheit und damit zu Konflikten um den Zugang zu Wasser bei.
Wir setzen uns daher dafür ein, dass die europäische wirtschaftliche Beziehung zu Lateinamerika reformiert wird und sicherstellt, dass diese in Einklang mit der notwendigen sozialökologischen Transformation erfolgt. Wir setzen uns dafür ein, dass im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens die Asymmetrien zwischen der EU und dem Mercosur durch neue Klauseln adressiert werden, die einen Technologietransfer von Nord nach Süd und die Ernährungssouveränität sichergestellt wird.
Wir werden das Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn von Seiten der Partnerländer umsetzbare, überprüfbare und rechtlich verbindliche, einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart werden. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz

und Erhalt des Regenwaldes geben. Dadurch stellen wir sicher, dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika intensiviert wird und gleichzeitig die Menschenrechte, die Biodiversität und das Weltklima geschützt werden.
Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Ansätze der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik im Abkommen verankert werden. So soll die Beteiligung von Frauenrechtsorganisationen sowie der bessere Schutz lokaler Landwirt*innen, indigener Völker und lokaler Gemeinschaften sichergestellt werden.

Begründung

Die Formulierung soll das ganze Projekt "Lateinamerika" ersetzen (Globalalternative).

Der ursprüngliche Text enthält viele Formulierungen die zu Fehlinterpretationen führen können.

In Lateinamerika befinden sich Länder wie Nicaragua und Venezuela, die sicher nicht unsere Wertepartner sind.

Der Begriff "liberale Demokratie" ist für viele Länder in Lateinamerika problematisch, da die neoliberale Politik in vielen dieser Länder zu einer drastischen Armutssteigerung und sozialer Ausgrenzung geführt haben.

Im Text ist vom Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung die Rede. Dazu folgende Hinweise: Rechte sollten nicht geschützt sondern gestärkt werden. Der Begriff indigene Bevölkerung könnte dazu führen, dass beispielsweise die Erfüllung/Stärkung/Wahrung individueller Rechte ausreichend ist. Der Kampf der indigenen Völker um das Recht ihrer kulturellen Identität und damit ihrer kollektiven Rechte (als Völker) ist eines der größten Anliegen der indigenen Völker. Gerade vor der Gefahr, dass die Nachfrage nach Ressourcen in del Ländern selbst und weltweit so gestiegen ist sollte deutlich gemacht werden, dass die EU für die Rechte der indigenen Völker eintritt.

Aktuell befindet sich Lateinamerika teils in einer Umbruchsituation und teils in einer Situation in welcher autoritäre Staaten ihre Macht verfestigen und die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft drastisch einschränken. Fragile Staaten eifern den autoritären Staaten nach und beginnen auch in ihren Ländern die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft immer stärker einzuschränken. Die dortigen Machteliten haben Angst vor einem Erstarken der Zivilgesellschaft. Diese Entwicklungen sollte unsere Aufmerksamkeit zu teil werden und sollte der EU wegen der weltweit ansteigenden Zahl autoritärer und rechtspopulistischer Staaten zum Anlass werden, ihre Politik gegenüber Lateinamerika nicht nur auf handels- und umweltpolitische Fragen zu fokussieren.